

# Inhaltsübersicht

Vorwort zur vierten Auflage	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
<b>1. Teil Rechtsgrundlagen, Organisation und Verfahrensgrundsätze der Verwaltungsgerichtsbarkeit</b>	<b>1</b>
§ 1 Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
II. Historische Entwicklungslinien	3
III. Die heute maßgeblichen Rechtsquellen des Verwaltungsprozessrechts	4
IV. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess	5
V. Verwaltungsrechtsschutz und Unionsrecht	6
Kontrollfragen	12
§ 2 Der Standort der Verwaltungsgerichte im Gefüge der rechtsprechenden Gewalt	12
I. Die Gerichte des Bundes und der Länder	12
II. Sonder- und Ausnahmegerichte	13
III. Rechtsweg und Zuständigkeit der Gerichte	13
IV. Rechtsweg- und Zuständigkeitsverweisung	14
V. Der Verweisungsbeschluss	16
VI. Aufrechnung mit rechtswegfremden Forderungen	18
Kontrollfragen	18
§ 3 Die Organisation der Verwaltungsgerichte	19
I. Der Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	19
II. Die Besetzung der Spruchkörper	21
III. Praktische Fragen der Gerichtsorganisation	22
Kontrollfragen	24
§ 4 Die Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	25
I. Der Verfügungsgrundsatz	25
II. Der Untersuchungsgrundsatz	26
III. Amtsbetrieb, Konzentrationsgrundsatz	27
IV. Der Grundsatz der mündlichen Verhandlung	27
V. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	28
VI. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	28
VII. Rechtliches Gehör und faires Verfahren	29
VIII. Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern	30
IX. Die Verfahrensgrundsätze in der verwaltungsgerichtlichen Praxis	31
Kontrollfragen	40
<b>2. Teil Zur Systematik der verfügbaren Rechtsschutzmöglichkeiten</b>	<b>41</b>
§ 5 Das System der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe	41
I. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel	41
II. Die wichtigsten Rechtsbehelfe der VwGO im Überblick	42
III. Zur Systematisierung der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe	42
IV. Die Verwaltungsgerichtsordnung als offenes System prozessualer Rechtsbehelfe	44
Kontrollfragen	45
§ 6 Die Voraussetzungen für eine Sachentscheidung der Verwaltungsgerichte	46
I. Zur Differenzierung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsschutzgesuches	46
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	46
III. Relevanz der Sachentscheidungsvoraussetzungen in der Referendarausbildung	48
Kontrollfragen	49

<b>3. Teil Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen</b>	<b>51</b>
§ 7 Das Vorliegen eines ordnungsgemäßen Antrags	51
I. Gesetzliche Anforderungen	51
II. Praktisches Beispiel einer verwaltungsgerichtlichen Klageschrift	53
Kontrollfragen	55
§ 8 Die Unterwerfung unter die deutsche staatliche Gerichtsbarkeit	55
I. Extrritoriale, fremde Staaten, Hoheitsakte der EU	55
II. Verwaltungsgerichtliche Justitiabilität kirchlicher Maßnahmen	57
Kontrollfragen	60
§ 9 Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges (§ 40 I VwGO)	60
I. Auf- und abdrängende Sonderzuweisungen	60
II. Der Begriff der öffentlich-rechtlichen Streitigkeit	62
III. Fallgruppen zur Abgrenzung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Streitigkeiten	64
IV. Ausklammerung verfassungsrechtlicher Streitigkeiten	73
V. Hinweise zu abdrängenden Sonderzuweisungen	74
Kontrollfragen	75
§ 10 Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit, Beiladung	76
I. Die Beteiligtenfähigkeit natürlicher und juristischer Personen	76
II. Die Beteiligtenfähigkeit von Behörden	77
III. Die Beteiligtenfähigkeit von Vereinigungen	78
IV. Die Behandlung der Beteiligtenfähigkeit im Prozess	79
V. Die Beteiligtenfähigkeit im Organstreit	80
VI. Die beigeladenen Beteiligten	81
VII. Praktische Probleme der Beiladung	82
VIII. Der Vertreter des öffentlichen Interesses	84
Kontrollfragen	85
§ 11 Die Prozessfähigkeit (§ 62 VwGO)	85
I. Die Grundlagen der Prozess- und Postulationsfähigkeit	85
II. Die Prozessfähigkeit im Prozess	87
Kontrollfragen	88
§ 12 Das Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit und entgegenstehender Rechtskraft	88
I. Fehlende anderweitige Rechtshängigkeit	88
II. Fehlen entgegenstehender Rechtskraft	88
III. Der Streitgegenstand einzelner Klagearten	89
Kontrollfragen	91
§ 13 Bestehen eines allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses	91
Kontrollfragen	94
<b>4. Teil Die Klagearten der VwGO und ihre besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen</b>	<b>95</b>
§ 14 Überblick über die Klagearten der VwGO	95
I. Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen	95
II. Objektive Klagehäufung	96
III. Streitgenossenschaft	96
Kontrollfragen	97
§ 15 Die Anfechtungsklage	97
I. Rechtsschutzziel und Klagegegenstand	97
II. Der Verwaltungsakt als Voraussetzung einer statthaften Anfechtungsklage	98
III. Begründetheit der Anfechtungsklage	107
IV. Formalien eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	109
Kontrollfragen	119
§ 16 Die Verpflichtungsklage	119
I. Rechtsschutzziel	119
II. Das konkrete Klagebegehren	119
III. Zur Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	121
IV. Begründetheit der Verpflichtungsklage, Urteil und Vollstreckung	123
V. Die Tenorierung bei Verpflichtungsklagen	125
Kontrollfragen	126

§ 17 Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	126
I. Erfolglose Durchführung eines Widerspruchsverfahrens	127
II. Wahrung der Klagefrist	131
III. Die Klagebefugnis	132
IV. Inkurs: Die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	136
V. Aufbauvorschläge für Klausuren	138
Kontrollfragen	140
§ 18 Die allgemeine Leistungsklage	141
I. Rechtsschutzziel	141
II. Die Unterlassungsklage als Unterfall der allgemeinen Leistungsklage	142
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage	142
IV. Das Leistungsurteil	144
Kontrollfragen	146
§ 19 Die Feststellungsklage	146
I. Rechtsschutzziel	146
II. Der Begriff des Rechtsverhältnisses	146
III. Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes	149
IV. Vorbeugende Feststellungsklage	149
V. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Feststellungsklage	150
VI. Begründetheit	152
VII. Die Tenorierung bei Feststellungsklagen	153
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	154
Kontrollfragen	154
§ 20 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	154
I. Zur rechtlichen Einordnung	154
II. Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	155
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Fortsetzungsfeststellungsklage	159
IV. Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	163
V. Aufbauvorschlag für Klausuren	163
Kontrollfragen	164
§ 21 Das Normenkontrollverfahren	164
I. Rechtsnatur, Funktion und Rechtsschutzziel der Normenkontrolle	164
II. Statthaftigkeit des Normenkontrollantrags	165
III. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen des Normenkontrollantrages	167
IV. Besonderheiten bei den allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	169
V. Begründetheit des Normenkontrollantrags	170
VI. Entscheidung des OVG über den Normenkontrollantrag	171
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren	171
Kontrollfragen	172
§ 22 Der Organstreit	172
I. Begriff und Gegenstand des Organstreits	173
II. Der Organstreit als Verwaltungsrechtsstreit	173
III. Besonderheiten	174
Kontrollfragen	176
<b>5. Teil Vorläufiger Rechtsschutz</b>	177
§ 23 Einführung in das System des vorläufigen Rechtsschutzes	177
I. Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	177
II. Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	178
Kontrollfragen	179
§ 24 Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 V VwGO	179
I. Hintergrund: Der eingeschränkte Suspensiveffekt von Widerspruch und Anfechtungsklage	180
II. Rechtsschutzziel der Anträge nach § 80 V VwGO und § 80a III VwGO	185
III. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 V 1 VwGO	187
IV. Begründetheit des Antrags	189

V. Weiteres Verfahren . . . . .	192
VI. Gerichtlicher Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung . . . . .	193
VII. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 80 V VwGO . . . . .	195
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren . . . . .	199
Kontrollfragen . . . . .	200
§ 25 Die einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO) . . . . .	200
I. Rechtsschutzziel . . . . .	201
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	202
III. Begründetheit des Antrags . . . . .	203
IV. Inhalt der einstweiligen Anordnung . . . . .	205
V. Schadensersatzpflicht des Antragstellers . . . . .	206
VI. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 123 I VwGO . . . . .	207
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren . . . . .	208
Kontrollfragen . . . . .	209
§ 26 Vorläufiger Rechtsschutz in besonderen Verfahrensarten . . . . .	209
I. Vorläufiger Rechtsschutz im Normenkontrollverfahren . . . . .	209
II. Vorläufiger Rechtsschutz im Organstreit . . . . .	210
<b>Sachregister</b> . . . . .	<b>211</b>

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur vierten Auflage	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
1. Teil Rechtsgrundlagen, Organisation und Verfahrensgrundsätze der	
Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
§ 1 Die Rechtsgrundlagen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	1
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen des verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutzes	1
II. Historische Entwicklungslinien	3
III. Die heute maßgeblichen Rechtsquellen des Verwaltungsprozessrechts	4
IV. Verwaltungsverfahren und Verwaltungsprozess	5
V. Verwaltungsrechtsschutz und Unionsrecht	6
1. Verwaltungsprozessual relevante Grundlagen des Unionsrechts	7
2. Einzelne Einwirkungen des Unionsrechts	9
Kontrollfragen	12
§ 2 Der Standort der Verwaltungsgerichte im Gefüge der rechtsprechenden Gewalt	12
I. Die Gerichte des Bundes und der Länder	12
II. Sonder- und Ausnahmegerichte	13
III. Rechtsweg und Zuständigkeit der Gerichte	13
IV. Rechtsweg- und Zuständigkeitsverweisung	14
1. Rechtswegverweisung	14
2. Zuständigkeitsverweisung	15
V. Der Verweisungsbeschluss	16
VI. Aufrechnung mit rechtswegfremden Forderungen	18
Kontrollfragen	18
§ 3 Die Organisation der Verwaltungsgerichte	19
I. Der Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	19
1. Die Gerichte	19
2. Gang des Verfahrens	20
II. Die Besetzung der Spruchkörper	21
III. Praktische Fragen der Gerichtsorganisation	22
1. Hauptamtliche Richter	22
2. Ehrenamtliche Richter	22
3. Die sonstigen Gerichtspersonen	23
4. Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	24
5. Die Geschäftsverteilung	24
Kontrollfragen	24
§ 4 Die Grundsätze des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	25
I. Der Verfügungsgrundsatz	25
II. Der Untersuchungsgrundsatz	26
III. Amtsbetrieb, Konzentrationsgrundsatz	27
IV. Der Grundsatz der mündlichen Verhandlung	27
V. Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	28
VI. Der Grundsatz der Öffentlichkeit	28
VII. Rechtliches Gehör und faires Verfahren	29
VIII. Rechtsfolgen von Verfahrensfehlern	30
IX. Die Verfahrensgrundsätze in der verwaltungsgerichtlichen Praxis	31
1. Der Verfügungsgrundsatz	31
a) Klagerücknahme	31

b) Der Vergleich . . . . .	33
c) Anerkenntnis und Verzichtsurteil . . . . .	36
2. Zum Untersuchungsgrundsatz . . . . .	37
Kontrollfragen . . . . .	40
<b>2. Teil Zur Systematik der verfügbaren Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .</b>	<b>41</b>
§ 5 Das System der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe . . . . .	41
I. Rechtsbehelfe und Rechtsmittel . . . . .	41
II. Die wichtigsten Rechtsbehelfe der VwGO im Überblick . . . . .	42
III. Zur Systematisierung der verwaltungsprozessualen Rechtsbehelfe . . . . .	42
1. Gerichtliche und außergerichtliche Rechtsbehelfe . . . . .	42
2. Rechtsbehelfe des vorläufigen, vorbeugenden und repressiven Rechtsschutzes . . . . .	42
3. Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen . . . . .	43
4. Systematisierung nach dem streitgegenständlichen Rechtsakt . . . . .	44
IV. Die Verwaltungsgerichtsordnung als offenes System prozessualer Rechtsbehelfe . . . . .	44
Kontrollfragen . . . . .	45
§ 6 Die Voraussetzungen für eine Sachentscheidung der Verwaltungsgerichte . . . . .	46
I. Zur Differenzierung zwischen Zulässigkeit und Begründetheit eines Rechtsschutzgesuches . . . . .	46
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .	46
III. Relevanz der Sachentscheidungsvoraussetzungen in der Referendarausbildung . . . . .	48
Kontrollfragen . . . . .	49
<b>3. Teil Die allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . . .</b>	<b>51</b>
§ 7 Das Vorliegen eines ordnungsgemäßen Antrags . . . . .	51
I. Gesetzliche Anforderungen . . . . .	51
II. Praktisches Beispiel einer verwaltungsgerichtlichen Klageschrift . . . . .	53
Kontrollfragen . . . . .	55
§ 8 Die Unterwerfung unter die deutsche staatliche Gerichtsbarkeit . . . . .	55
I. Exterritoriale, fremde Staaten, Hoheitsakte der EU . . . . .	55
II. Verwaltungsgerichtliche Justitiabilität kirchlicher Maßnahmen . . . . .	57
Kontrollfragen . . . . .	60
§ 9 Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges (§ 40 I VwGO) . . . . .	60
I. Auf- und abdrängende Sonderzuweisungen . . . . .	60
II. Der Begriff der öffentlich-rechtlichen Streitigkeit . . . . .	62
III. Fallgruppen zur Abgrenzung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Streitigkeiten . . . . .	64
1. Daseinsvorsorge und fiskalische Verwaltungstätigkeit . . . . .	64
2. Wettbewerbshandeln öffentlicher Aufgabenträger . . . . .	65
3. Benutzung öffentlicher Einrichtungen . . . . .	66
4. Subventionsrechtsverhältnisse . . . . .	68
5. Hausverbot bei Verwaltungsgebäuden . . . . .	68
6. Immissionsschutz . . . . .	70
7. Rechtsfragen aus dem Schulverhältnis . . . . .	70
8. Behördliche Ehrverletzungen . . . . .	71
9. Verträge . . . . .	72
IV. Ausklammerung verfassungsrechtlicher Streitigkeiten . . . . .	73
V. Hinweise zu abdrängenden Sonderzuweisungen . . . . .	74
Kontrollfragen . . . . .	75
§ 10 Beteiligte, Beteiligtenfähigkeit, Beiladung . . . . .	76
I. Die Beteiligtenfähigkeit natürlicher und juristischer Personen . . . . .	76
II. Die Beteiligtenfähigkeit von Behörden . . . . .	77
III. Die Beteiligtenfähigkeit von Vereinigungen . . . . .	78
IV. Die Behandlung der Beteiligtenfähigkeit im Prozess . . . . .	79
V. Die Beteiligtenfähigkeit im Organstreit . . . . .	80
VI. Die beigeladenen Beteiligten . . . . .	81
VII. Praktische Probleme der Beiladung . . . . .	82
VIII. Der Vertreter des öffentlichen Interesses . . . . .	84
Kontrollfragen . . . . .	85

§ 11 Die Prozessfähigkeit (§ 62 VwGO) . . . . .	85
I. Die Grundlagen der Prozess- und Postulationsfähigkeit . . . . .	85
II. Die Prozessfähigkeit im Prozess . . . . .	87
Kontrollfragen . . . . .	88
§ 12 Das Fehlen anderweitiger Rechtshängigkeit und entgegenstehender Rechtskraft . . . . .	88
I. Fehlende anderweitige Rechtshängigkeit . . . . .	88
II. Fehlen entgegenstehender Rechtskraft . . . . .	88
III. Der Streitgegenstand einzelner Klagearten . . . . .	89
Kontrollfragen . . . . .	91
§ 13 Bestehen eines allgemeinen Rechtsschutzbedürfnisses . . . . .	91
Kontrollfragen . . . . .	94
<b>4. Teil Die Klagearten der VwGO und ihre besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen . . . .</b>	<b>95</b>
§ 14 Überblick über die Klagearten der VwGO . . . . .	95
I. Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsklagen . . . . .	95
II. Objektive Klagehäufung . . . . .	96
III. Streitgenossenschaft . . . . .	96
Kontrollfragen . . . . .	97
§ 15 Die Anfechtungsklage . . . . .	97
I. Rechtsschutzziel und Klagegegenstand . . . . .	97
II. Der Verwaltungsakt als Voraussetzung einer statthaften Anfechtungsklage . . . . .	98
1. Der Begriff des Verwaltungsaktes . . . . .	98
a) Hoheitliche Maßnahme einer Behörde . . . . .	99
b) ... auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts . . . . .	99
c) Einzelfallregelung . . . . .	99
d) Außenwirkung . . . . .	100
2. Erfordernis des objektiven Vorliegens eines Verwaltungsaktes . . . . .	101
3. Anfechtung nichtiger Verwaltungsakte . . . . .	102
4. Anfechtung erledigter Verwaltungsakte? . . . . .	103
5. Teilanfechtung, insbesondere Anfechtung von Nebenbestimmungen . . . . .	103
6. Drittanfechtung von Verwaltungsakten . . . . .	106
III. Begründetheit der Anfechtungsklage . . . . .	107
1. Maßgeblicher Zeitpunkt der Sach- und Rechtslage . . . . .	108
2. Urteil und Vollstreckung . . . . .	109
IV. Formalien eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens . . . . .	109
1. Form und Inhalt eines Urteils . . . . .	109
2. Statthaftigkeit anderer Gestaltungsklagen . . . . .	115
3. Beispiel eines verwaltungsgerichtlichen Urteils . . . . .	115
Kontrollfragen . . . . .	119
§ 16 Die Verpflichtungsklage . . . . .	119
I. Rechtsschutzziel . . . . .	119
II. Das konkrete Klagebegehren . . . . .	119
III. Zur Abgrenzung von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage . . . . .	121
1. Objektive Häufung von Anfechtungs- und Verpflichtungsbegehren . . . . .	121
2. Die »isolierte« Anfechtungsklage . . . . .	122
IV. Begründetheit der Verpflichtungsklage, Urteil und Vollstreckung . . . . .	123
V. Die Tenorierung bei Verpflichtungsklagen . . . . .	125
Kontrollfragen . . . . .	126
§ 17 Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage . . . . .	126
I. Erfolglose Durchführung eines Widerspruchsverfahrens . . . . .	127
1. Das Widerspruchsverfahren als Zulässigkeitsvoraussetzung . . . . .	127
2. Entbehrlichkeit des Widerspruchsverfahrens . . . . .	128
a) Entscheidungen oberster Bundes- und Landesbehörden . . . . .	128
b) Erstmalige Beschwerde durch Widerspruchsbescheid . . . . .	128
c) Ausschluss des Vorverfahrens durch Gesetz . . . . .	129
d) Untätigkeitsklage . . . . .	129
e) Prozessökonomische Weiterungen . . . . .	130
3. Sonderproblem: Sachliche Bescheidung eines unzulässigen Widerspruchs . . . . .	130

II. Wahrung der Klagfrist	131
1. Beginn und Berechnung der Klagfrist	131
2. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	132
III. Die Klagebefugnis	132
1. Die Bedeutung der Klagebefugnis	132
2. Die Möglichkeit einer Verletzung eigener Rechte	133
a) Der Adressatengedanke (bei der Anfechtungsklage)	133
b) Die mögliche Anspruchsnorm (bei der Verpflichtungsklage)	133
c) Betroffenheit in eigenen Rechten	134
3. Ausnahmen von diesem Erfordernis	136
IV. Inkurs: Die Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	136
V. Aufbauvorschläge für Klausuren	138
Kontrollfragen	140
§ 18 Die allgemeine Leistungsklage	141
I. Rechtsschutzziel	141
II. Die Unterlassungsklage als Unterfall der allgemeinen Leistungsklage	142
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage	142
1. Klagebefugnis	143
2. Keine Klagfrist	144
3. Kein Erfordernis eines Vorverfahrens	144
4. Zuständigkeit des angerufenen Gerichts	144
5. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	144
IV. Das Leistungsurteil	144
Kontrollfragen	146
§ 19 Die Feststellungsklage	146
I. Rechtsschutzziel	146
II. Der Begriff des Rechtsverhältnisses	146
III. Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes	149
IV. Vorbeugende Feststellungsklage	149
V. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Feststellungsklage	150
1. Subsidiarität der Feststellungsklage	150
2. Klagebefugnis?	151
3. Feststellungsinteresse	152
VI. Begründetheit	152
VII. Die Tenorierung bei Feststellungsklagen	153
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	154
Kontrollfragen	154
§ 20 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	154
I. Zur rechtlichen Einordnung	154
II. Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	155
1. Der Begriff der Erledigung	155
2. Der Zeitpunkt der Erledigung	157
a) Erledigung nach Erhebung der Anfechtungsklage	157
b) Erledigung vor Erhebung der Anfechtungsklage	157
3. Erledigung bei Verpflichtungsbegehren	158
4. Fortsetzungsfeststellungsklage bei Erledigung von Realakten?	159
III. Die besonderen Sachentscheidungsvoraussetzungen der Fortsetzungsfeststellungsklage	159
1. Zulässigkeit der zunächst erhobenen Anfechtungsklage	159
2. Feststellungsinteresse	160
3. Zulässigkeit im Falle einer zuvor erhobenen Verpflichtungsklage	161
4. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen bei Erledigung vor Klageerhebung	161
a) Vorverfahren	161
b) Klagfrist	162
c) Feststellungsinteresse	162
IV. Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	163
V. Aufbauvorschlag für Klausuren	163
Kontrollfragen	164



§ 21 Das Normenkontrollverfahren	164
I. Rechtsnatur, Funktion und Rechtsschutzziel der Normenkontrolle	164
II. Statthaftigkeit des Normenkontrollantrags	165
1. Satzungen und Rechtsverordnungen nach dem BauGB (§ 47 I Nr. 1 VwGO)	166
2. Andere untergesetzliche Rechtsvorschriften gem. Landesrecht (§ 47 I Nr. 2 VwGO)	166
3. Künftige und bereits aufgehobene Rechtsvorschriften	167
III. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen des Normenkontrollantrages	167
1. Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts	167
2. Antragsbefugnis	168
3. Kein Vorverfahren, Antragsfrist	168
4. Antragsgegner	169
IV. Besonderheiten bei den allgemeinen Sachentscheidungsvoraussetzungen	169
V. Begründetheit des Normenkontrollantrags	170
VI. Entscheidung des OVG über den Normenkontrollantrag	171
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren	171
Kontrollfragen	172
§ 22 Der Organstreit	172
I. Begriff und Gegenstand des Organstreits	173
II. Der Organstreit als Verwaltungsrechtsstreit	173
III. Besonderheiten	174
1. Die Rechtsnatur des Organstreits	174
2. Beteiligtenfähigkeit und Prozessfähigkeit	175
3. Klage-/Antragsbefugnis	175
4. Klagegegner	176
Kontrollfragen	176
<b>5. Teil Vorläufiger Rechtsschutz</b>	177
§ 23 Einführung in das System des vorläufigen Rechtsschutzes	177
I. Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	177
II. Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	178
Kontrollfragen	179
§ 24 Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 V VwGO	179
I. Hintergrund: Der eingeschränkte Suspensiveffekt von Widerspruch und Anfechtungsklage	180
1. Die Bedeutung der aufschiebenden Wirkung	180
2. Eintritt und Wegfall der aufschiebenden Wirkung	181
3. Gesetzliche Ausnahmen vom Suspensiveffekt	182
4. Behördlich besonders angeordnete sofortige Vollziehung	183
II. Rechtsschutzziel der Anträge nach § 80 V VwGO und § 80a III VwGO	185
III. Zulässigkeit des Antrags nach § 80 V 1 VwGO	187
1. Antragsbefugnis	187
2. Antragsfrist	187
3. Zuständigkeit des Gerichts	188
4. Rechtsschutzbedürfnis	188
a) Vorheriger Antrag an die Behörde, die aufschiebende Wirkung wiederherzustellen?	188
b) Vorherige Einlegung eines Widerspruchs?	188
IV. Begründetheit des Antrags	189
V. Weiteres Verfahren	192
VI. Gerichtlicher Rechtsschutz bei Verwaltungsakten mit Doppelwirkung	193
VII. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 80 V VwGO	195
VIII. Aufbauvorschlag für Klausuren	199
1. Zulässigkeit des Antrages gem. § 80 V VwGO	199
2. Begründetheit des Antrages	199
Kontrollfragen	200
§ 25 Die einstweilige Anordnung (§ 123 VwGO)	200
I. Rechtsschutzziel	201
II. Allgemeine und besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen	202

III. Begründetheit des Antrags . . . . .	203
1. Sicherungsanordnung . . . . .	203
2. Regelungsanordnung . . . . .	204
IV. Inhalt der einstweiligen Anordnung . . . . .	205
V. Schadensersatzpflicht des Antragstellers . . . . .	206
VI. Gerichtliche Praxis eines Verfahrens nach § 123 I VwGO . . . . .	207
VII. Aufbauvorschlag für Klausuren . . . . .	208
1. Zulässigkeit des Antrages auf einstweilige Anordnung . . . . .	208
2. Begründetheit des Antrages . . . . .	208
Kontrollfragen . . . . .	209
§ 26 Vorläufiger Rechtsschutz in besonderen Verfahrensarten . . . . .	209
I. Vorläufiger Rechtsschutz im Normenkontrollverfahren . . . . .	209
II. Vorläufiger Rechtsschutz im Organstreit . . . . .	210
Sachregister . . . . .	211